

⇒ Stefan Leibold

Die soziale Marktwirtschaft – ein Zukunftsmodell?

⇒ 1 Die »soziale Marktwirtschaft«: Beschwörung eines unklaren Begriffs

Angesichts der zahlreichen wirtschaftlichen und politischen Krisen der letzten Jahre wird der Leitstern der »sozialen Marktwirtschaft« heute wieder mit leuchtenden Farben an den politischen Ideenhimmel gemalt. Akteure mit völlig unterschiedlichem Hintergrund berufen sich auf dieses »deutsche Erfolgsmodell«: So forderte Kanzlerin Angela Merkel 2009 auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos, die soziale Marktwirtschaft solle Vorbild für die ganze Welt sein. Sie könne nach Überwindung der derzeitigen Wirtschaftskrise zu international verbindlichen Regeln führen, die dann ein »Weltwirtschaftsrat« kontrollieren solle. Die soziale Marktwirtschaft, die Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg Wohlstand gebracht habe, sei der alternative dritte Weg zwischen Kapitalismus und Staatswirtschaft. Sie warnte allerdings auch davor, in der derzeitigen Situation die »Marktkräfte zu verzerren« (vgl. Merkel 2009). Dem unvoreingenommenen Zuhörer

dürfte sich nicht unbedingt erschlossen haben, was sie konkret vorschlagen wollte und wie die Vorschläge zusammen passen sollen.

Auch für Guido Westerwelle sind »60 Jahre Soziale Marktwirtschaft ein Grund zum Feiern« (FDP 2008). FDP-Wirtschaftsexperte Brüderle führte aus:

Die Soziale Marktwirtschaft ist der goldene Mittelweg zwischen Laissez-faire und Planwirtschaft. Wenn die drei wichtigsten Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft richtig beherzigt werden – Freiheit, Wettbewerb und Fairness – hat jeder die Chance, sein Leben erfolgreich zu gestalten (FDP 2008).

Nicht alle sind allerdings so begeistert: Für Oskar Lafontaine ist

die soziale Marktwirtschaft in der Krise. Sie ist gar keine soziale Marktwirtschaft mehr. ... Denn

Stefan Leibold, Dr. phil., 1967 in Essen, Studium der Kath. Theologie und Sozialwissenschaften in Münster und Manchester, Wissenschaftl. Mitarbeiter im Projekt »Die religiöse Tiefengrammatik des Sozialen« im Exzellenzcluster »Religion und Politik« der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

Neuere Veröffentlichungen:

Der Angriff auf den Sozialstaat und die Stimmen der Kirchen, in: Dertmann; Flothkötter (Hg.), Hoffnung wider alle Hoffnung. Sachzwänge entgrenzen. Festschrift für F. Kerstiens zum 75. Geburtstag, Münster 2008, 148-165.

Gesundheit als Ware? Die Ökonomisierung der Gesundheitsversorgung: soziale Folgen und ethische Bewertungen, in: Hermann-Josef Große Kracht; Christian Spieß (Hg.), Christentum und Solidarität. Bestandsaufnahmen zu Sozialethik und Religionssoziologie. Festschrift für Karl Gabriel zum 65. Geburtstag, Paderborn 2008, 591-607.

›soziale Marktwirtschaft‹ heißt, dass die große Mehrheit der Bevölkerung, wenn der Wohlstand wächst, beteiligt wird. So platt ist die Definition von sozialer Marktwirtschaft (Lafontaine 2009, Abschnitt 3).

Abgesehen davon, dass die Definition vielleicht nur bei Lafontaine so platt ist, bezieht auch er sich letztlich positiv auf das Konzept. Auch die SPD hat sich inhaltlich längst zur Programmatik der »sozialen Marktwirtschaft« bekannt: Wird im Hamburger Programm von 1997 zwar statt der »sozialen Marktwirtschaft« der »demokratische Sozialismus« beschworen (17-18), finden sich direkt im Anschluss programmatische Ausführungen, die von den Ordoliberalen, den theoretischen Gründungsvätern der »sozialen Marktwirtschaft« (s.u.), nicht besser formuliert sein könnten (vgl. Nachtwey 2007):

Für uns ist der Markt ein notwendiges und anderen wirtschaftlichen Koordinierungsformen überlegenes Mittel. ... Damit der Markt seine positive Wirksamkeit entfalten kann, bedarf er der Regeln, eines sanktionsfähigen Staates, wirkungsvoller Gesetze und fairer Preisbildung (SPD 1997, 18).

Im Grundsatzprogramm des DGB von 1996 heißt es:

Die sozial regulierte Marktwirtschaft bedeutet gegenüber einem ungebändigten Kapitalismus einen großen historischen Fortschritt. Die soziale Marktwirtschaft hat einen hohen materiellen Wohlstand bewirkt (DGB 1996, Abschnitt »Gestaltung der Ökonomie«, Kapitel 5: »Markt und Staat, Mitbestimmung und Gestaltung«).

Zwar wird im Anschluss beklagt, sie habe Massenarbeitslosigkeit nicht verhindert und soziale Gerechtigkeit nicht hergestellt; als Leitbild aber wird sie positiv gewürdigt.

Viele verschiedene Akteure, die sich öffentlich zu Wort melden, beziehen sich in irgendeiner Weise positiv auf die soziale Marktwirtschaft, ohne dass insgesamt eine einheitliche Vorstellung und Lehre sichtbar werden. »Soziale Marktwirtschaft« erscheint als ein ausgesprochen unscharfes Konzept, das nichtsdestotrotz auf eine breite Welle der Sympathie stößt bzw. als zukunftssträchtig beschworen wird. Bei der »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« erscheint das Konzept sogar als Heilsbringer:

Die Soziale Marktwirtschaft nützt der ganzen Gesellschaft. Sie bringt Fortschritt, mehr Wohlstand, sorgt für eine gute Ausbildung junger Menschen und auch für Schwächere (INSM 2009, Abschnitt 1).

Sie stärke Eigenverantwortung und Selbstwertgefühl.

Gleichzeitig sinkt laut Statistiken die Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft in der Bevölkerung: Eine aktuelle Untersuchung des Bürgerforums der Bertelsmann Stiftung zeigt, dass nur noch 31 Prozent der Bürger eine gute Meinung von der sozialen Marktwirtschaft haben. Sie haben Angst vor einer unsicheren Zukunft und sind in ihrer »Heilsgewissheit« offenbar irritiert (vgl. Wirtschaftswoche 2008, Abschnitt 1).

Auf weit weniger Sympathie stößt dagegen in öffentlichen Diskussionen der deutsche Sozialstaat: Der Philosoph Peter Sloterdijk ist der Meinung, dass die Deutschen in einer Ordnung lebten, die man

als einen massenmedial animierten, steuerstaatlich zugreifenden Semi-Sozialismus auf eigentumswirtschaftlicher Grundlage definieren muss. Offiziell heißt das schamhaft »Soziale Marktwirtschaft« (Sloterdijk 2009, Abschnitt 23).

Im Sozialstaat sieht er eine Tendenz zur »Ausbeutungsumkehrung«:

Lebten im ökonomischen Altertum die Reichen unmissverständlich und unmittelbar auf Kosten der Armen, so kann es in der ökonomischen Moderne dahin kommen, dass die Unproduktiven mittelbar auf Kosten der Produktiven leben – und dies zudem auf missverständliche Weise, nämlich so, dass sie gesagt bekommen und glauben, man tue ihnen unrecht und man schulde ihnen mehr (ebd., Abschnitt 26).

Der »Welt am Sonntag«-Chefredakteur Thomas Schmid hat die These aufgestellt, der Sozialstaat gehe von einem »ursprünglichen Diebstahl« aus, den man durch einen »ständigen Gegendiebstahl« beantworten müsse.

Reichtum ist hier ein Vergehen, und Solidarität ist nur als Zwangsveranstaltung denkbar. Deswegen ist dieses Konzept mit dem Traum von der Bürgergesellschaft nicht vereinbar (Schmid 2009, Abschnitt 7).

Und der Berliner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky stellte fest, dass die Unterschicht die Leistungen eh nur versäuft, was den Chef des ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, dazu bewegte, zu schreiben:

Ein falsch konstruierter Sozialstaat, der das Wegbleiben statt das Mitmachen belohnt, hat die Kinder dieser Menschen auf dem Gewissen (zit. n. Siems 2009, Abschnitt 6).

Soziale Marktwirtschaft ja, Sozialstaat nein? Gehörte nicht beides zum spezifischen deutschen Weg? Und könnte die soziale Marktwirtschaft nicht das Modell sein, mit dem wir die Krisen von

heute lösen? Aber gibt es sie noch? Grundsätzlicher gefragt: Was ist eigentlich »soziale Marktwirtschaft«?

⇒ 2 Vom Ordoliberalismus zur »sozialen Marktwirtschaft«

⇒ 2.1 Die theoretische Grundlage der »sozialen Marktwirtschaft«: der »Ordoliberalismus«

Unklar ist, wann der Begriff zum ersten Mal benutzt wurde. Der frühere Nationalökonom und Staatssekretär Alfred Müller-Armack habe ihn laut »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« 1946 benutzt. Im Übrigen wird auf den Internetseiten der INSM auch die Frage diskutiert, »ob möglicherweise Müller-Armacks Sekretärin den Begriff kreierte, als sie einen Aktenordner beschriftete« (INSM 2007, Abschnitt 2).

Ptak dagegen hält es für möglich, dass der Begriff bereits im Zweiten Weltkrieg im Zuge der Neuordnungsdebatte im Reichswirtschaftsministerium auf der Suche nach einer eingängigen Wortschöpfung für die wirtschaftliche Nachkriegsordnung entstand (Ptak 2004, 207).

Wie dem auch sei: Es ist erstaunlich, wie wenig die theoretischen Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft, die im so genannten »Ordoliberalismus« verortet werden können, in öffentlichen Diskussionen thematisiert werden und in der Allgemeinheit bekannt sind.

⇒ 2.1.1 Zur Einordnung: Zum Verhältnis von »Ordoliberalismus« und »Neoliberalismus«

Wenn man heute von »Neoliberalismus« spricht, meint man i.d.R. etwas anderes als den deutschen Ordoliberalismus, obwohl dieser lange Zeit mit genau diesem Etikett bezeichnet wurde (z.B. von christlichen Soziallehrern wie Nawroth oder Nell-Breuning). Wie lässt sich »Neoliberalismus« sinnvoll definieren?

Butterwegge u.a. verstehen unter »Neoliberalismus« eine seit den 1930er Jahren entstandene Lehre, »die den Markt als Regulierungsmechanismus gesellschaftlicher Entwicklungs- und Entscheidungsprozesse verabsolutiert«. Er strebe nach einem »Kapitalismus ohne wohlfahrtsstaatliche Begrenzungen«. Die Autoren weisen darauf hin, dass es sich jedoch um »eine breite geistige Strömung mit unterschiedlichen historischen wie länderspezifischen Erscheinungsformen, Strategievarianten und Praktiken« handle und man von daher von »Neoliberalismen« sprechen müsse (Butterwegge u.a. 2007, 11). Inhaltlich stützt sich der Neoliberalismus weiterhin auf wesentliche Annahmen der ökonomischen Klassik, z.B. in Bezug auf die

Funktionsweise des Marktes, die Preisbestimmung durch die Knappheit der Ressourcen oder das individualistische Menschenbild. Angesichts der Krisen im späten 19. und im 20. Jahrhundert kritisiert er am alten Liberalismus aber die unzureichende institutionelle Rahmung und Sicherung des marktwirtschaftlichen Prozesses. Die langfristige Stabilisierung des Kapitalismus muss, so die Erkenntnis der Neoliberalen, anders erreicht werden als es sich Smith oder Hume vorgestellt hatten.

Die Geburtsstunde des neoliberalen Denkens war die Weltwirtschaftskrise 1929-1932: Sie hatte den Marktoptimismus in der Ökonomie beendet. In England unter Federführung von Keynes, aber auch unter deutschen Ökonomen wurde über einen makroökonomischen Interventionismus nachgedacht, der den krisenhaften Kapitalismus aktiv stabilisieren sollte. Dies rief liberale Ökonomen auf den Plan:

Auf das offensichtliche Scheitern des Wirtschaftsliberalismus reagierte der neue Liberalismus mit einer erweiterten Neuauflage der exogenen (neo-) klassischen Krisenerklärung, nach der allein äußere Faktoren – und nicht der Marktmechanismus selbst – für die Krise verantwortlich seien. Statt Marktversagen wurde die These vom Staats- und Politikversagen ins Zentrum der Analyse gerückt (Ptak 2007, 19).

Diese Analyse bildet eine inhaltliche Klammer aller Neoliberalismen. Deutscher Ordoliberalismus und die von Hayek geprägte Schule bilden aber so etwas wie zwei Pole der neoliberalen Theorie: Während die deutschen Neoliberalen mit der Hilfe eines starken Staates eine funktionsfähige, d.h. wettbewerbsintensive Marktwirtschaft organisieren wollen, baut Hayek ganz auf die spontane Ordnung der Märkte. Die Annahme, dass der Markt nicht nur ein effizientes Mittel der Allokation von Gütern, sondern Motor der kulturellen Evolution ist, findet sich aber nicht nur prominent bei Hayek, sondern auch bei Ordoliberalen. Für Müller-Armack z.B. ist »Selbstrealisierung« der Grundvorgang der Geschichte, die allein dazu befähige, geschichtliche Entwicklungen zu begreifen. Voraussetzung dafür sei es, »den spontanen Charakter kultureller Entwicklung« (Müller-Armack 1932, 18) zu akzeptieren; das kapitalistische System sei »Antizipationsschema für den ökonomischen Fortschritt« (ebd., 21). Hayek wie Müller-Armack können so die Alternativlosigkeit der »freien Marktwirtschaft« für die Weiterentwicklung der Menschheit begründen.

Der Neoliberalismus war von Anfang an eine internationale Bewegung. 1938 fand in Paris das internationale »Lippmann-Kolloquium« statt, an dem u.a. die Österreicher von Hayek und von Mises und die Deutschen Röpke und Rüstow teilnahmen. 1947

gründete sich die nach dem Schweizer Tagungsort benannte »Mont Pelerin Society«, die bis heute als neoliberales Elitennetzwerk aktiv ist, und vereinbarte ein »Statement of Aims« als programmatische Grundlage. Bis heute existieren verschiedene Hauptströmungen des Neoliberalismus wie die »Österreichische Schule«, die »Chicago School« um Milton Friedman und die deutschen Ordoliberalen; im Lauf der Jahre kamen mit der Theorie kollektiver Entscheidungen (»Public Choice«-Ansatz) und der Theorie rationaler Entscheidungen (»Rational Choice«-Ansatz) weitere Strömungen dazu.

Der österreichische Ökonom Friedrich August von Hayek hat die besondere Wandlungsfähigkeit des Neoliberalismus als Bestandteil der Evolution von Gesellschaft und Wirtschaft positiv hervorgehoben (Hayek 2003); kritisch gewendet lässt er sich als Rechtfertigung des Kapitalismus in sich wandelnden historischen Umständen interpretieren. Der Ordoliberalismus lässt sich als Variante des Neoliberalismus angesichts der besonderen deutschen Bedingungen verstehen, zunächst der Weltwirtschaftskrise und des Niedergangs der Weimarer Republik, später der Situation in Deutschland nach 1945.

⇒ 2.1.2 Ordolibérale Konzeptionen

Was waren die Konzeptionen der deutschen Ordoliberalen? Zur theoretischen Verortung schreibt Ralf Ptak:

Der Ordoliberalismus mit seiner besonderen Betonung des ›starken Staates‹ als Durchsetzungsinstrument liberaler Wirtschaftspolitik ist deutlich beeinflusst vom konservativ-liberalen Entwicklungsstaat Bismarck'scher Prägung. Seine autoritäre Substanz steht in der Tradition des deutschen Nationalliberalismus, und seine sozialpolitischen Vorstellungen knüpfen an das Denken der Liberalen Lorenz von Stein und Friedrich Naumann oder der Kathedersozialisten Gustav von Schmoller und Adolph Wagner an (Ptak 2004, 16).

Drei Gruppen lassen sich unterscheiden: die Freiburger Schule um Eucken, Böhm und Miksch, der soziologische Flügel um Rüstow und Röpke und die Gruppe der Praktiker um Erhard und den FAZ-Herausgeber Welter. Müller-Armack lässt sich sowohl der zweiten wie der dritten Gruppe zurechnen.

Worum ging es den Ordoliberalen? Die Krisen der 30er Jahre machten sie, wie bereits oben erwähnt, nicht an strukturellen Problemen des Kapitalismus fest, sondern am Staats- und Politikversagen der Weimarer Republik. Die Ordoliberalen sahen den Staat als Folge der Massendemokratie versklavt durch die

partikularen Interessen im Korporatismus. Der interventionistische Staat diene nur diesen Interessen, was zur Desorganisation der Wirtschaft und zum Zerfall der Ordnung führe. Dagegen wollten die Ordoliberalen die Rolle des Staates als unparteiischen Schiedsrichter des ökonomischen Interesses stärken, der sich, um den kurzfristigen interventionistischen Versuchungen zu widerstehen, auf wenige festgelegte Aufgaben beschränken solle. Die Wirtschaft müsse daher »entstaatlicht« werden. Der starke Staat müsse über allen Gruppen und Sonderinteressen stehen und Autorität und Führertum beanspruchen. Hier findet sich eine starke autoritäre Disposition bei den Ordoliberalen, die sich als gewisse Nähe zum nationalsozialistischen Regime verstehen lässt.

Die Spielregeln des Wettbewerbs müssten dem politischen Zugriff von Parteien und Interessengruppen entzogen werden; der Staat soll den Wettbewerb veranstalten, d.h. das Wettbewerbsprinzip umfassend in der Gesellschaft verankern und seine Einhaltung gewährleisten. Die konstituierenden Prinzipien der Wettbewerbsordnung sind z.B. für Eucken ein funktionsfähiges Preissystem, der Primat der Währungspolitik, freier Zugang zu den Märkten, Privateigentum an Produktionsmitteln und Vertragsfreiheit (Peters 2000). Diese politisch gesetzte Rahmenordnung wird als »ORDO« bezeichnet. Die Ordoliberalen plädieren für einen Staat mit weitgehenden Interventionsrechten, der unabhängig sein müsse vom politischen Tagesgeschäft oder vom gesellschaftlichen Wollen. Der ordoliberale Ansatz halte eine starke Regierung für nötig »und zwar eine athletische, keine fette Regierung« (Schwarz 1992, 86). Unter dem »liberalen Interventionismus« verstanden die Ordoliberalen also ein Eingreifen nicht entgegen der Marktgesetze, sondern in Richtung der Marktgesetze. Wirtschaftliche Machtkonzentrationen durch Monopole, Kartelle und andere Formen der Marktbeherrschung sollen verhindert werden.

Die (parlamentarische) Demokratie wird im ordoliberalen Denken im Gegenzug praktisch »ökonomisiert«, indem der marktwirtschaftliche Tauschprozess zum demokratischen Verfahren erklärt wird. Marktwirtschaft wird so als beste Form der Demokratie verstanden, Regulierungen stellen in diesem Denken eine Bedrohung der Demokratie dar.

Die Ordoliberalen waren Gegner des traditionellen Bismarck'schen Sozialstaates, der gesellschaftliche Risiken kollektiv absicherte. Sie waren nicht gegen staatliche Fürsorge als solche, aber gegen jegliche Umverteilung, die über eine reine Existenzsicherung hinausging. Die Individuen sollten Eigenvorsorge betreiben und Sozialpolitik sollte möglichst marktkonform ablaufen. Röpke sprach im Hinblick auf den Bismarck'schen Sozialstaat von einer »staatlich organisierten Massenfürsorge« und sah in ihr »die Prothese einer durch

Proletarismus verkrüppelten und durch Vermassung zerkrümelten Gesellschaft« (FAZ vom 25.2.1956; zit. nach Abelshauer 2009, 25). Nach 1945 formierte sich der Ordoliberalismus programmatisch wie personell neu und bestimmte mit seinem Konzept der »sozialen Marktwirtschaft« die wissenschaftlichen und politischen Debatten der Nachkriegszeit. Heute ist »soziale Marktwirtschaft« zu einem übergreifenden Begriff für einen sozial gebändigten Kapitalismus, der wirtschaftliche Leistungskraft und sozialen Ausgleich miteinander verbindet, geworden. Kaum etwas dürfte die Identität der Deutschen so sehr bestimmt haben wie der Glaube an die »soziale Marktwirtschaft«. Aber wie sah die ökonomische und soziale Realität nach dem Zweiten Weltkrieg eigentlich aus? Markierte 1945 einen Bruch mit den vorher existierenden ökonomischen Strukturen? Welche Ausgangsbedingungen boten sich der deutschen Wirtschaft 1945? Und sind das »Wirtschaftswunder« und der steigende allgemeine Wohlstand auf die Wirkung der »sozialen Marktwirtschaft« zurückzuführen?

⇒ 2.2 Anspruch und Wirklichkeit der »sozialen Marktwirtschaft« in Deutschland seit 1945

Werner Abelshauer hat herausgearbeitet, dass 1945 weder politisch noch ökonomisch von einer »Stunde Null« in Deutschland gesprochen werden könne (vgl. zum Folgenden Abelshauer 2004). Der Kreislauf der Eliten sei nur kurzfristig unterbrochen worden. Das rasch einsetzende Blockdenken nach dem Zweiten Weltkrieg ließ schnell in den Hintergrund treten,

dass der Zweite Weltkrieg auch als Bruderkrieg zwischen unterschiedlichen Zweigen der kapitalistischen Großfamilie ausgetragen wurde und die Beseitigung ›korporativistischer‹ Besonderheiten des deutschen Wirtschaftsystems weit oben auf der Liste amerikanischer Kriegsziele stand (ebd., 23).

Deshalb bestanden die USA auch zunächst auf Prozessen gegen die vom liberalen Kapitalismus »abgefallenen« deutschen Industriellen. Allerdings ließ der Kalte Krieg die innerkapitalistischen Auseinandersetzungen schnell in den Hintergrund treten und der Kreislauf der wirtschaftlichen Eliten setzte wieder ein.

⇒ 2.2.1. Die Entscheidung für die »Marktwirtschaft« in Deutschland nach 1945

Die Entscheidung für die kapitalistische Ordnung nach dem Krieg wurde nicht von den Menschen in Deutschland gefällt: Die wesentlichen ordnungspolitischen Weichenstellungen erfolgten unter dem Besatzungsregime in den Jahren 1946/47. Der Plan des »Chief of Treasury« der Roosevelt-Administration, Henry Morgenthau, in Deutschland den Aufbau oder die Erweiterung von Schlüsselindustrien zu verhindern (und damit die amerikanische Wettbewerbsposition auf dem Weltmarkt zu verbessern), konnte sich angesichts der beginnenden Blockbildung nicht durchsetzen. Für den Wiederaufbau Europas und für die Funktion (West-) Deutschlands als westlicher Bündnispartner war die Entfaltung der Wirtschaftskraft Deutschlands unverzichtbar. Unter dem amerikanischen Gouverneur General Clay wurde die praktische Entscheidung für eine liberale Wirtschaftsordnung getroffen. Clay schrieb 1947 angesichts der Diskussion um Alternativen zur kapitalistischen Option an seinen Wirtschaftsreferenten:

Die Zeit ist auf unserer Seite. ... Wenn wir daher die Angelegenheit herauszögern können, während die freie Unternehmerwirtschaft fortfährt zu arbeiten und wirtschaftliche Verbesserungen sich einstellen, dann wird sich die Frage dem deutschen Volk vielleicht gar nicht mehr stellen (zitiert nach John Gimbel, Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945-1949, Frankfurt/M 1971, 225, von mir zitiert nach Ptak 2004, 237).

Während Sozialisierungsbestrebungen, die bei der deutschen Bevölkerung auf große Sympathie stießen, unterbunden wurden, entwickelten die US-Behörden die Grundlagen für die liberale Währungsreform.

Wichtige Faktoren für die schnelle Durchsetzung kapitalistischer Strukturen waren auch, dass Ludwig Erhard im entscheidenden Gremium für wirtschaftspolitische Entscheidungen, der Verwaltung für Wirtschaft (VfW), ab März 1948 über eine große, nicht demokratisch kontrollierte Machtfülle verfügte und dass Akteure wie die Gewerkschaften, die oppositionell hätten aktiv werden können, sich durch die Zerschlagung im Nationalsozialismus erst im Wiederaufbau befanden.

Laut Ptak waren es vier ineinandergreifende Faktoren, die die Durchsetzung der Marktwirtschaft in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg bewirkten:

Erstens, die Blockade der auf breite Zustimmung treffenden ordnungspolitischen [sic!] Alternativen, vor

allein die gemeinwirtschaftliche Organisation der Wirtschaft und ihre demokratische Lenkung; zweitens die gezielte politische und institutionelle Förderung marktwirtschaftlicher Kräfte; drittens die überaus schlechte sozioökonomische Lage infolge eines desolaten Bewirtschaftungssystems und viertens die propagandistische Flankierung dieses Prozesses durch das Ideologem des ökonomischen Totalitarismus, unter dem gleichermaßen demokratische Wirtschaftslenkung, autoritäre Planwirtschaft und nationalsozialistische Kriegswirtschaft subsumiert und zugleich diskriminiert wurden (Ptak 2004, 247).

Als am 1. September 1948 der Parlamentarische Rat zusammen trat, um eine Verfassung auszuarbeiten, war über die wirtschaftliche Ordnung in der Praxis längst ohne demokratische Legitimation entschieden worden.

⇒ 2.2.2 Die Kontinuität der »korporatistischen Marktwirtschaft« nach 1945

Allerdings führte diese Grundsatzentscheidung für kapitalistische Strukturen nicht zur Einführung einer »freien Marktwirtschaft«; vielmehr setzte sich der etablierte korporative Charakter des deutschen Kapitalismus, den die USA bekämpfen wollten, nach 1945 wieder durch.

Für Werner Abelshauser wurde das in Deutschland bis heute geltende soziale System der Produktion bereits im Kaiserreich grundgelegt; 1873 habe es das alte liberale Produktionsregime abgelöst, alle Bestandteile hätten sich seitdem nur schrittweise gewandelt. Seit 1879, so Abelshauser, löste

auf dem Gebiet der Wettbewerbsordnung das Prinzip der Kooperation das Prinzip der Konkurrenz ab, in der Ordnungspolitik produktive Mobilisierung das *laissez faire*, in der Sozialpolitik korporative Selbstverwaltung die organisierte Selbsthilfe (Abelshauser 2004, 30).

Korporative Repräsentation und Zusammenarbeit ersetzten die Monopolstellung des Parlamentarismus, und ein aufgeklärter Protektionismus löste den Freihandel ab. In der Produktion konzentrierte sich die deutsche Wirtschaft auf diversifizierte Qualitätsprodukte. Voraussetzungen dafür waren eine enge Verbindung von Wirtschaft, Wissenschaft und Technik, hoch qualifizierte Stammebelegschaften und eine enge Kundenbindung. Weltmarkt- und Exportorientierung prägten das deutsche Produktionsregime.

In der Weimarer Republik blieb das Produktionsregime nahezu unverändert. Spätestens seit der Novemberrevolution hatte sich der korporative Status der organisierten Arbeiterschaft gefestigt. Die Grundlage der Verhandlungsmacht der Gewerkschaften waren die Praxis paritätischer Arbeitsgemeinschaften mit den Arbeitgebern und dreiseitige korporative Arrangements unter Einschluss der Regierung. Mit dem Artikel 151 stellte die Weimarer Verfassung alle wirtschaftliche Tätigkeit unter einen sozialen Vorbehalt. Damit konnten weitreichende Interventionsermächtigungen des Staates begründet werden. Das Spezifische des deutschen Modells ist für Abelshauer eine Organisation der korporativen Marktwirtschaft,

in der weder das Individuum noch der Staat den Ton angibt, sondern eine dichte Landschaft von Institutionen und Organisationen, deren Akteure in der Zivilgesellschaft ... zwischen diesen beiden Polen zu Hause sind (ebd., 41).

Anfang der 50er Jahre war laut Abelshauer die deutsche Wirtschaft auf diesen Entwicklungspfad der »korporativen Marktwirtschaft« zurückgekehrt. Die USA drängten zunächst in Richtung einer freien Wirtschaft (s.u.), um angesichts des Korea-Krieges direkte Lenkungsmaßnahmen der Regierung in Richtung der Rüstungsproduktion zu fordern. Allerdings wollten die Spitzenverbände der Wirtschaft keine direkten bürokratischen Kontrollen akzeptieren, sondern postulierten eine »Mobilisierung der Selbstverantwortung der Wirtschaft« und boten dem Kanzler ihre Dienste an. Für die geforderte Rohstofflenkung fand der BDI eine typisch deutsche Lösung. Es

entstand ein lockeres Kartell des Beschaffungsmarktes, das eine Aufteilung der Lieferungen nach Industriezweigen vorsah, Lieferungen von Werk zu Werk aber weitgehend dem Wettbewerb überließ. ... Staatliche Behörden ... wurden von solchen Verfahren unterrichtet und hatten Gelegenheit, ihre Wünsche für »besondere Zwecke« geltend zu machen und Sonderfälle mit Vertrauensleuten der Industrie zu erörtern (ebd., 170).

Typisch für das Verhältnis von Staat und Verbänden waren auch Sonderbeauftragte und Berater der Regierung, z.B. die Funktion des »Beraters der Bundesregierung in Rohstofffragen«. Es kam zu einer korporatistischen Verflechtung von staatlicher und verbandlicher Macht. Die Spitzenverbände der Wirtschaft und die Gewerkschaften wurden an der Formulierung der Wirtschaftspolitik beteiligt und die Durchführung wichtiger wirtschafts- und sozialpolitischer Maßnahmen wurde ihnen überlassen, etwa bei der Sanierung des Kohlenbergbaus und einer stabilitätsorientierten Einkommenspolitik. Dieser Korporatismus fand das offene Missfallen des Wirtschaftsministers und der

Ordoliberalen, die die »Planungsdiktatur gesellschaftlicher Großgruppen« gerade hatten verhindern wollen.

Werner Plumpe hat in diesem Zusammenhang vier Phasen der Institutionalisierung der »Sozialpartnerschaft«, des Modells des friedlichen Ausgleichs der jeweiligen Interessen identifiziert: vom Grundsatz des kollektiven, am friedlichen Interessenausgleich orientierten, staatlich sanktionierten Arbeitsrechts in Weimar (1916-1923) über das kollektive nationalsozialistische Arbeitsrecht (ohne die Möglichkeiten der autonomen Interessenvertretung, 1932-1934), die Rückkehr der jungen Bundesrepublik zu einem modifizierten Weimarer Sozialpartnerschaftsmodell (1949-1955) bis zur Neugestaltung der innerbetrieblichen Demokratie und der Arbeitsbedingungen unter sozialdemokratischem Vorzeichen (1969-1976) (Plumpe 2001, 181-185).

Das Konzept der »Sozialpartnerschaft«, so Plumpe, wurde hauptsächlich von Vertretern der katholischen und evangelischen Kirche, der Bürokratie und der Staatswissenschaften entwickelt.

Ihr Ziel war es, die Risiken des Arbeitsmarktes durch Versicherungen und kollektive Regelungen zu verringern bzw. beherrschbar zu machen, um durch eine geeignete Institutionalisierung (Sozialversicherung, Tarifsystem, Betriebsverfassung) zugleich der Gerechtigkeit wie der Produktivität zu dienen (ebd., 180).

⇒ 2.2.3 Ursachen des »Wirtschaftswunders«

Wie steht es nun aber mit dem deutschen »Wirtschaftswunder«, das die Identifizierung der Deutschen mit der »sozialen Marktwirtschaft« zu einem großen Teil begründete? Führte nicht die soziale Marktwirtschaft die Deutschen zu »Wohlstand für alle«?

Zur Situation in den Industriestaaten 1945 führt Abelshäuser aus:

Weltwirtschaftskrise und Weltkrieg hatten ... ein Potential ›technischen Fortschritts‹ und beruflicher Qualifikation an der Entfaltung gehindert. ... Diese Diskrepanz zwischen realer Leistung und potentieller Leistungsfähigkeit ermöglichte unter sonst günstigen Bedingungen eine zeitlich begrenzte Phase besonders schnellen Wirtschaftswachstums. ... In Westdeutschland war dieses Rekonstruktionspotential besonders groß (Abelshäuser 1987, 69).

Tatsächlich war die ökonomische Ausgangsposition in Deutschland 1945 ausgesprochen gut (vgl. zum Folgenden Abelshäuser 2004, Kap. II und III; Krengel 1958): Die Aufrüstungsprogramme der Nationalsozialisten hatten für einen industriellen Modernisierungs-

schub gesorgt. Im Mai 1945 war das Bruttoanlagevermögen im Vergleich zu 1936 um rund 20 Prozent angewachsen (Abelshäuser 2004, 71). Die Ernährungskrise im Winter 1946/1947 war nicht durch unzureichende Produktionskapazitäten bedingt, sondern durch die Unzulänglichkeiten des Bewirtschaftungs- und Verteilungssystems und die zerstörten Verkehrswege. Die Kriegsschäden wurden von den Betrachtern völlig überschätzt: Die meisten Angriffe auf Betriebe der deutschen Rüstungsindustrie waren in der Hauptsache kostspielige Fehlschläge. 1944 auf dem Höhepunkt der alliierten Luftangriffe wurden nur 6,5 Prozent aller Werkzeugmaschinen beschädigt, davon ganze 10 Prozent unbrauchbar gemacht. In der Stahlindustrie waren nur einige Hochöfen und einige Maschinen zerstört worden. Es war schwierig und verlustreich, die Rüstungsindustrie aus der Luft zu treffen. Deshalb gingen die Alliierten zu Flächenbombardements von Wohnanlagen über, um die Kriegswirtschaft mittelbar zu treffen und die Bevölkerung zu zermürben.

Auf die Zivilbevölkerung und auf Verkehrseinrichtungen fielen jeweils siebenmal mehr Bomben als auf die Rüstungsindustrie. ... Nur dort, wo Werk und Stadt im Gemenge lagen, wie Krupp in Essen oder die BASF im Raum Ludwigshafen/Mannheim, traf diese neue Strategie auch direkt die Kriegswirtschaft – als ›Kollateralschäden‹ der Angriffe auf die Zivilbevölkerung (ebd., 69).

Auch qualifizierte Arbeitskraft stand reichlich zur Verfügung. Im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet kamen zwischen 1946 und 1948 ca. 1,5 Millionen Zuwanderer an. Zwischen 1950 und 1962 verstärkten 3,6 Millionen meist gut qualifizierte Übersiedler aus der DDR das Arbeitskräftepotenzial. Die Flüchtlinge waren i.d.R. besonders arbeitswillig, die Gewerkschaften waren schwach, und durch das hohe Arbeitsangebot konnten die Löhne niedrig gehalten werden. Dieses Arbeitsangebot traf auf einen industriellen Kapitalstock, der in gutem Zustand war, während das Produktionsniveau noch sehr gering ausfiel.

Keine besondere Rolle für den Aufschwung spielten, so Abelshäuser, Währungsreform und Marshallplan: Beim Inkrafttreten der Währungsreform konnte auf gut gefüllte Lager zurückgegriffen werden. Viele Waren waren für die Hortungslager produziert worden und warteten nur auf gute Preise, um verkauft werden zu können. Insgesamt wurden mit der Währungsreform 93,5 Prozent des alten Reichsmarksvolumens aus dem Verkehr gezogen. Während die Guthaben der Lohnempfänger und Sparer fast vollständig vernichtet wurden, blieb das Produktivvermögen unangetastet. Wer ein Haus oder ein Unternehmen besaß, ging aus der Währungsreform ungeschoren hervor. Die Unternehmen konnten hohe Abschreibungsmöglichkeiten bei der Bewertung ihrer Sachanlagen vor-

nehmen, was große Steuervorteile zur Folge hatte. Die Schulden der Sachkapitalbesitzer wurden um 90 Prozent reduziert.

Insofern handelte es sich um einen Akt gigantischer Enteignung, was von der Masse der kleinen Sparer mit Sicherheit so empfunden worden ist (Buchheim 2001, 150).

Damit war die Basis für die immer ungleicher werdende Einkommens- und Vermögensverteilung in der Bundesrepublik gelegt. Der »Schaufenstereffekt«, die Tatsache, dass die Auslagen der Geschäfte plötzlich mit lange nicht mehr gesehenen Produkten gefüllt waren, sorgte aber offenbar dafür, dass sich die Währungsreform trotz ihres Enteignungscharakters zu einem positiven Gründungsmythos der Bundesrepublik verklärte.

Die Marshallplanlieferungen hatten keine entscheidende Bedeutung für den wirtschaftlichen Aufschwung.

Sie kamen zu spät, um als Initialzündung eines Aufschwungs wirken zu können, der längst mit eigenen Mitteln in Gang gesetzt worden war (Abelshausen 2004, 136).

Das liberale Programm Erhards geriet allerdings schon nach wenigen Jahren in die Krise: Steigende Preise und Lebenshaltungskosten sowie steigende Arbeitslosigkeit hatten bis 1950 die Stimmung deutlich verschlechtert. Die Arbeitslosigkeit stieg von 1949 bis 1950 von 8,8 Prozent auf 13,5 Prozent. Als Ursachen nennen Grube/Richter:

Die Marshallplan-Unterstützung kann nicht so schnell wirken, der nach der Währungsreform erfolgte ›Kauf-rausch‹ ist verebbt, die Arbeitsproduktivität sackt infolge fehlender Investitionsmittel ab, die von der Industrie dringend benötigten Rohstoffe können mangels Devisen nicht in ausreichendem Maße eingeführt werden, wegen des Verlusts der Ostgebiete und angesichts wachsender Flüchtlings- und Vertriebenen Zahlen müssen große Mengen Ernährungsgüter importiert werden ... (Grube/Richter 1983, 93).

Die Kaufkraft der Arbeiternehmer war sehr gering, ein Industriearbeiter bekam 1,20 DM Bruttostundenlohn, während die Steuerlast 1949 aufgrund der angespannten öffentlichen Haushalte bereits 31,5 Prozent erreichte. Erhards Position stand auf der Kippe: Ende Februar 1950 stieg die Zahl der Arbeitslosen über die Zwei-Millionen-Grenze. Als Reaktion ließ Erhard im Wirtschaftsministerium Pläne zur staatlichen Investitionsankurbelung mit einem Gesamtvolumen von 5,5 Milliarden Mark erarbeiten.

Doch zu diesen staatlichen Investitionen kam es nicht mehr: Als 1950 der Koreakrieg ausbrach, kam es zu einer weltweiten Aufrüstung, die

sich als äußerst günstig für die westdeutsche Wirtschaft erwies. Sie hatte noch freie Kapazitäten und konnte den weltweiten Anstieg der Nachfrage bedienen. Die Korea-Krise wirkte wie eine Initialzündung für den lang anhaltenden Aufstieg der bundesdeutschen Industrie. Die schnelle Ausweitung der Märkte und die intraindustrielle Arbeitsteilung im gemeinsamen EG-Markt sowie die Abwertung der DM gegenüber dem Dollar um 20 Prozent 1949 waren weitere Faktoren für das Gelingen des Wirtschaftsaufschwungs in Westdeutschland. Bis die Früchte des Wirtschaftswachstums in die unteren Schichten der Bevölkerung einsickerten und auch ihnen ein neuartiger »Massenkonsum« möglich wurde, dauerte es allerdings bis Ende der 50er Jahre. Surminski stellt nüchtern fest:

Das Wirtschaftswunder war mehr geistiger Zustand als wirtschaftliche Realität, eine Stimmung, gespeist aus vielen Quellflüssen. Eine gewisse gläubige Naivität war wohl die wichtigste Zutat (Surminski 1983, 16).

In den 50er Jahren sank allerdings in den westlichen Staaten von Zyklus zu Zyklus das durchschnittliche Wachstum. Es stabilisierte sich seit Mitte der 60er Jahre, was die Besonderheit der Nachkriegsjahre als Nachholperiode unterstreicht. Auch in Westdeutschland kam das »Wirtschaftswunder« seit Mitte der 60er Jahre zu seinem Ende. Erhards Aufforderungen, die Deutschen sollten mehr arbeiten und eine »formierte Gesellschaft« bilden, stießen auf Unverständnis, Misstrauen und Spott. Die Bundesrepublik konnte aber durch die hohen Wachstumsraten den Rückstand auf dem Gebiet der Entwicklung des Wohlfahrtsstaates aufholen, was spätestens mit der Rentenreform von 1957 sichtbar wurde.

Nicht die Theoreme der »sozialen Marktwirtschaft« waren im Übrigen die Garanten des Aufschwungs, sondern gerade der praktische Verzicht auf ordoliberalen Dogmatik: Die Erhardsche Wirtschaftspolitik lässt sich in der Nachkriegszeit eher als pragmatischer »Policy-Mix« charakterisieren. Selbst die Liberalisierung von 1948 funktionierte nur deshalb, weil die Preisfreigabe auf die Konsumgüter beschränkt blieb und entscheidende bedarfsdeckende Bereiche der Volkswirtschaft, wie die Wohnungswirtschaft und die Energie-, Grundstoff- und Agrarsektoren, zunächst ausgenommen wurden.

Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung nach 1945 (dem sogenannten »Wirtschaftswunder«) hat die ordoliberal geprägte Konzeption der »sozialen Marktwirtschaft« also wenig zu tun. In Bezug auf die Bedienung der Interessen der besitzenden Schichten und in der Grundlegung größerer sozialer Ungleichheiten in der Bundesrepublik kann man sie allerdings erfolgreich nennen. Warum konnten die Ordoliberalen mit ihren Theoremen dann überhaupt eine so hohe Durchschlagskraft entwickeln?

⇒ 2.2.4 Die Durchsetzung der »sozialen Marktwirtschaft«

Die Ordoliberalen konnten nach 1945 mit ihrer Programmatik an zwei Grundstimmungen der Nachkriegszeit anknüpfen: mit ihrem Antikollektivismus und der Betonung der Verantwortung des Einzelnen an den verbreiteten Antikommunismus und mit ihrer Monopolkritik an den Antikapitalismus, der nach den Erfahrungen des Nationalsozialismus bei weiten Teilen der Bevölkerung vorhanden war. Wie wurde die soziale Marktwirtschaft in die Praxis implementiert?

Auf der einen Seite war es ein großer Vorteil, dass die soziale Marktwirtschaft als offenes Konzept mit einem hohen Maß an Flexibilität und Anpassungsfähigkeit gegenüber sich verändernden Bedingungen ausgearbeitet wurde. Besonders Müller-Armack stand für diesen flexiblen Ansatz. Seine »soziale Irenik« strebte eine Versöhnung bzw. einen Ausgleich zwischen den Klassen an und beinhaltete die Vorstellung einer harmonischen Marktgesellschaft, in der alle Gegensätze überwunden sind. Einige Beispiele für seine flexiblen Reaktionen in Bezug auf (wirtschafts-) politische Maßnahmen: 1947 stellte er eine größere Verteilungsgerechtigkeit in Aussicht; 1962 kritisierte er die Monopolkritik als überholt; angesichts der Rezession 1966/67 forderte er eine expansive Konjunkturpolitik auf der Grundlage von »deficit spending«; 1976, angesichts der Ölkrise, warnte er vor der Beschneidung der unternehmerischen Autonomie, sah den Sozialismus vordringen und forderte die institutionelle Absicherung der Marktwirtschaft in der Verfassung. Mit ordoliberalen Vorstellungen hatte das nicht immer viel zu tun; vielmehr changierte er (erfolgreich) zwischen ordoliberalen Grundsätzen und sozialstaatlicher Politik (vgl. Ptak 2004, 212-233).

Der eigentliche Kern der sozialen Marktwirtschaft besteht daher im Wesentlichen in der Verteidigung der Marktwirtschaft als leitendem Ordnungsprinzip.

Zur Durchsetzungsgeschichte der »sozialen Marktwirtschaft« gehört auch der Aufbau eines umfassenden ordoliberalen Netzwerks in Politik, Wirtschaft und Publizistik: Ptak benennt in diesem Zusammenhang »vier durch personelle Netzwerke verknüpfte Säulen« (vgl. ebd., 251-264): Zum einen wurde die »soziale Marktwirtschaft« von politischen Akteuren getragen, namentlich von der CDU, die 1949 mit dem Bekenntnis zur »sozialen Marktwirtschaft« in den Bundestagswahlkampf zog, nachdem sie sich von antikapitalistischen Impulsen aus dem Ahlener Programm von 1947 verabschiedet hatte. Mit dem Godesberger Programm von 1959 bewegte sich auch die SPD allmählich in Richtung »soziale Marktwirtschaft«.

Zum zweiten wurde das Konzept durch das Bundesministerium für Wirtschaft (BMWi) institutionell abgesichert: Erhards straffe, auf seine Person zugeschnittene Führung des Ministeriums setzte die bedingungslose Unterstützung aller Mitarbeiter voraus.

Die dritte Säule bestand in der gezielten Auswahl von Zeitungen und Journalisten. Ein kleiner Kreis wurde mit detaillierteren Informationen versorgt, die anderen Journalisten verwehrt wurden. Besonders die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« (FAZ) und die »Neue Zürcher Zeitung« (NZZ), aber auch das »Handelsblatt« wurden Sprachrohre der »sozialen Marktwirtschaft«.

Die vierte Säule bestand aus einer wissenschaftlichen Infrastruktur, die gezielt aufgebaut wurde: Das BMWi unterstützte den Aufbau wissenschaftlicher Institute, die der »sozialen Marktwirtschaft« positiv gegenüber standen.

Alle vier Säulen wirkten zusammen in der Aufgabe, die »soziale Marktwirtschaft« und ihre (vermeintlichen) Erfolge in Bezug auf den allgemeinen Wohlstandsgewinn in der Bundesrepublik in den Köpfen der Bürger zu verankern. Hervorzuheben ist das Projekt »Die WAAGE«, das die Idee verfolgte, die Mittel der modernen Werbung nicht nur für Konsumprodukte, sondern auch für »politische Produkte« einzusetzen. Die »soziale Marktwirtschaft« und insbesondere die Person Ludwig Erhards wurden durch Public Relations systematisch beworben. Botschaften wie »Zum Wohlstand Aller durch geeinte Kraft/führt die Soziale Marktwirtschaft« sollten die Bevölkerung für Erhard und seine Politik einnehmen (Slogan nach Schindelbeck/Ilggen 1999, 282). M.E. ist diese in Deutschland erstmals praktizierte Form der Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Hinblick auf ein bestimmtes politisches Konzept für den Mythos der »sozialen Marktwirtschaft« bis heute von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Was die Ordoliberalen nun in der Bundesrepublik erreichten, war, dass der parteipolitische Einfluss in vielen Bereichen eingeschränkt wurde: dass Interventionen in die Wirtschaft auf spezialisierte Institutionen, wie die Bundesbank oder das Kartellamt, übertragen wurden und dass die Konfliktparteien von Arbeit und Kapital zu einvernehmlichen Konfliktlösungen außerhalb des Parlamentarismus kamen (auch wenn ihnen die korporatistische Struktur der deutschen Wirtschaft nicht wirklich gefiel). Diese spezifisch deutsche Mischung aus staatlichem Wächteramt über die Ökonomie und der »Verhandlungsdemokratie« wird oft als »Modell Deutschland« bezeichnet.

Statt eines »vollkommenen Wettbewerbs« auf dem Markt kam es in der Bundesrepublik allerdings zu einer hohen Konzentration in der Wirtschaft, statt der Zahl der Selbständigen stieg die Zahl der abhängig Beschäftigten rapide an. In diesem Sinne wurden offizielle ordoliberaler Hauptziele verfehlt.

Auch gelang es den Ordoliberalen nicht, den Weg in den Sozialstaat aufzuhalten. Ihr Credo, dass der Markt an sich schon sozial sei, blieb praktisch ungehört. Trotz intensiver Gegenmobilisierung gegen den »Versorgungsstaat als modernem Wahn« (Erhard) wurden in der frühen Bundesrepublik, die seit dem Kaiserreich beschrittenen sozialstaatlichen Pfade fortgeschrieben und ausgebaut, nicht zuletzt mit der Rentenreform von 1957. Deutschland wurde zu einem gut ausgebauten Wohlfahrtsstaat, mit dem sich viele Bürger lange Zeit identifizieren konnten und der vermutlich (gegen die Intention der Ordoliberalen) zu einem nicht geringen Anteil für die hohe Wertschätzung der »sozialen Marktwirtschaft« verantwortlich war und ist.

⇒ 3 Die Angriffe auf den deutschen Sozialstaat seit den 90er Jahren – die »soziale Marktwirtschaft« als rettende Alternative?

Seit den 90er Jahren wird vielerlei Kritik am Sozialstaat laut (siehe auch oben in der Einleitung): Der Sozialstaat sei nicht mehr bezahlbar und schwäche die Eigeninitiative der Betroffenen. Seit den 90er Jahren gibt es in den meisten westlichen Staaten Tendenzen einer »bedingten Leistungsgewährung«. Die Pflichten der Leistungsempfänger werden gegenüber einem Rechtsanspruch auf Leistungen betont. Die Entwicklung tendiert zu Grundversorgungsmodellen bzw. zu einer Minimalabsicherung in den gesetzlichen Sicherungssystemen. Elemente der privaten Risikoabsicherung und der Marktsteuerung sowie privater Dienstleister werden verstärkt. Leistungen des Sozialstaates sollen nur noch diejenigen erhalten, die Hilfe wirklich brauchen. Dies geschieht vor dem Hintergrund steigenden (privaten) Reichtums und bewusst geleerter (öffentlicher) Kassen. Flankiert werden diese Tendenzen von einer Missbrauchsdiskussion in Bezug auf den Sozialstaat, die sich empirisch aber kaum fundieren lässt (vgl. z.B. Pax Christi 2007). Die »Eigeninitiative« oder »Eigenverantwortung« der Betroffenen soll gestärkt werden. Praktisch bedeutet das einen zunehmenden Druck auf die (zukünftig) Arbeitslosen, unter Androhung von Sanktionen jede Arbeit, sei sie noch so schlecht bezahlt, prekär oder vom Tätigkeitsfeld weit entfernt von der ursprünglichen Berufsausbildung, anzunehmen. Viele Arbeitende werden damit zu »working poor«, die zwar eine bezahlte Arbeit haben, davon aber nicht leben können und unter dem (sozio-kulturellen) Existenzminimum liegen.

Offenbar befreit sich der »aktivierende Sozialstaat«, so die offizielle neue Philosophie, von denen, die für das Funktionieren des Kapitalismus nicht (mehr) gebraucht werden. Die Opfer dieser Politik werden für ihr Schicksal selbst verantwortlich gemacht und müssen Kürzungen ihrer Leistungen hinnehmen.

Dass diese Angriffe auf den Sozialstaat, der als Kernstück der Identifikation vieler Bürger mit der »sozialen Marktwirtschaft« gelten kann, tatsächlich zu einer Erosion von Solidarität und auch zu einem Vertrauensverlust in die Ordnung der Bundesrepublik geführt haben, scheint mir plausibel (vgl. die Umfrage zur Akzeptanz der »sozialen Marktwirtschaft« oben). Die entscheidende Frage für die Verteidiger des deutschen Sozialstaates ist heute, welches Konzept für die deutsche Gesellschaft zukunftsweisend ist. Kann es das Konzept der »sozialen Marktwirtschaft« sein?

Wie ich zu zeigen versucht habe, ist die »soziale Marktwirtschaft« ursprünglich ein Konzept des Ordoliberalismus, eines Stranges des internationalen Neoliberalismus, gewesen, der dieses Konzept unter den spezifischen historischen Umständen in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt hat. In der Praxis allerdings wurden die Theoreme des Ordoliberalismus der jeweiligen Wirklichkeit oft flexibel angepasst. Diese Flexibilität liegt in der wesentlichen Funktion des Konzepts begründet: den Kapitalismus in Deutschland nach 1945 gegen die Vorbehalte größerer Teile der Bevölkerung wieder salonfähig zu machen. In der Praxis wurden die ordoliberalen Vorstellungen mit der Wiedereinführung der deutschen korporativen Marktwirtschaft und insbesondere des Bismarck'schen Sozialstaates konfrontiert, dessen Wiedereinführung und Ausweitung die Ordoliberalen nicht verhindern konnten. Angesichts dieser Entwicklungen wird verständlich, warum die Verständnisse von »sozialer Marktwirtschaft« je nach dem, welches Element man betonen will, deutlich voneinander abweichen.

Die historischen Ausgangsbedingungen in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg waren günstig: eine modernisierte Wirtschaft mit einem großen qualifizierten Arbeitskräfteangebot, zu dem günstige außenwirtschaftliche und außenpolitische Bedingungen kamen. So konnten die wirtschaftlichen Erfolge, nicht zuletzt dank einer groß angelegten medialen Kampagne und der Schaffung effektiver Netzwerke, mit der »sozialen Marktwirtschaft« in einen direkten Zusammenhang gebracht werden. Dass die »soziale Marktwirtschaft« das Wirtschaftswunder geschaffen und den Deutschen »Wohlstand für alle« geschenkt hat, konnte nachhaltig im Bewusstsein der Nachkriegsgenerationen verankert werden.

»Soziale Marktwirtschaft« bedeutete in der Praxis eine spezifische Mischung von flexibel angewandtem Neoliberalismus mit ausgebauten wohlfahrtsstaatlichen Elementen, im Rahmen eines korporativen Interessenausgleichs in der Tradition der deutschen (Wirtschafts-)Geschichte – unter günstigen historischen Bedingungen.

Kann dieses »Modell Deutschland«¹ heute zumindest für diejenigen, die aus Gründen sozialer Gerechtigkeit an einem solidarisch organisierten Sozialstaat interessiert sind, zukunftsweisend sein?

Der Neoliberalismus, der in neuem Gewand in den letzten Jahrzehnten in die politische und mediale Offensive gegangen ist, hat für einen Sozialabbau gesorgt, der besonders die schwächeren Gesellschaftsmitglieder getroffen, aber auch zur Erosion der Mittelschichten beigetragen hat. Diese Politik fortzusetzen ist nicht wünschenswert. Anders gesagt, das ordoliberalen Erbe der »sozialen Marktwirtschaft« scheint mir durchaus verzichtbar.

Die Bewahrung eines nach solidarischen Prinzipien organisierten Sozialstaates scheint mir dagegen erstrebenswert. Der Sozialstaat sollte gegen seine Ankläger verteidigt und weiter entwickelt bzw. ausgebaut werden. Dies bedeutet eine Stärkung, Demokratisierung und solidarische Finanzierung des Sozialversicherungssystems. Der Ökonomisierung von Gesundheit und Bildung ist auf allen Ebenen entgegenzuwirken. Und die Arbeitsmarktpolitik des »aktivierenden Sozialstaates« sollte kritisch reflektiert und die Verfestigung von Armutsprozessen durch Hartz IV rückgängig gemacht werden. Weniger bewahrenswert erscheinen die Orientierung des deutschen Sozialstaates an der männlichen Normalerwerbsbiographie und die traditionellen Rollenmuster, die ihr zugrunde liegen.

Geld jedenfalls ist genug da. Die Leerung der öffentlichen Kassen zugunsten des privaten Reichtums ist eine politische Entscheidung und kein Sachzwang. Der private Reichtum zahlt aber z.B. keine Sozialversicherungsbeiträge; hier liegt in der Tat eine Gerechtigkeitslücke vor.

Mit dem deutschen Korporatismus ist das so eine Sache: Zweifellos hat er eine spezifische Stärke des deutschen Kapitalismus ausgemacht und bestimmte Härten für die Beschäftigten abgemildert. In Zeiten, wo dieser Kompromiss aber von oben aufgekündigt wird, tun sich die Gewerkschaften und andere Akteure offenbar sehr schwer, aus der für selbstverständlich gehaltenen »Sozialpartnerschaft« in einen »Konfliktmodus« umzuschalten, der es ihnen ermöglichen würde, sich offensiver für ihre Interessen einzusetzen.

(1) Der Begriff des »Modells Deutschland« stammt laut Claus Offe aus der Begriffswelt der 70er Jahre und spielte im Bundestagswahlkampf 1976 eine Rolle, wo er von Helmut Schmidt offensiv aufgegriffen wurde. In anderen Ländern gebe es drei Produktionsfaktoren: Arbeit, Boden, Kapital. In der BR Deutschland käme als vierter der »soziale Friede« dazu (vgl. Offe 2000).

Die günstigen historischen Ausgangsbedingungen, wie Ende der 40er Jahre, kommen allerdings nicht wieder. Wenn nicht alles täuscht, werden die nächsten Jahrzehnte von Krisen geprägt sein, für die dauerhafte Lösungen nicht in Sicht sind. Wenn Robert Kurz recht hat und die Aufblähung der Finanzmärkte ein Krisenbewältigungsversuch des Kapitalismus ist, angesichts der Tatsache, dass ihm seine »Substanz«, die Lohnarbeit, durch die mikroelektronische Revolution allmählich abhandenkommt, wird die Krise des Kapitalismus möglicherweise irreversibel sein (Kurz 1995) – die Zerstörung der natürlichen Umwelt ist dies wahrscheinlich bereits. Angesichts dieser Krisentendenzen, der Angriffe auf den Sozialstaat und der Schwäche oppositioneller Kräfte ist die Berufung auf ein Konzept, dessen Hauptfunktion in der Legitimierung des Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg bestand und dessen Substanz, je nach Interesse, völlig unterschiedlich interpretiert wird, in der heutigen Situation wenig sinnvoll. »Soziale Marktwirtschaft« war nie der »dritte Weg« zwischen Kapitalismus und Staatssozialismus, als den ihn Kanzlerin Merkel und FDP-Politiker hinstellen, sondern eine Spielart des Kapitalismus in schwierigen Zeiten. Wegen der besonderen historischen Konstellationen ist sie auch nicht einfach auf die ganze Welt übertragbar und nicht ohne weiteres erweiterbar auf eine »öko-soziale Marktwirtschaft«, wie sie im Sozialwort der Kirchen von 1997 projiziert wurde. Sie hat auch nicht der ganzen Gesellschaft genützt, wie die INSM behauptet, sondern insbesondere den Kapitalbesitzern und wirtschaftlichen Eliten – und wenn es um den Ausbau des Sozialstaates ging, geschah dies gegen die Intention ihrer Gründungsväter. In diesem Sinne knüpft die »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« mit ihren Kampagnen gegen den Sozialstaat an die Tradition der Ordoliberalen nahtlos an.

Es erscheint mir auch wenig ertragreich, die »soziale Marktwirtschaft« neu erfinden zu wollen, weil der Grundgedanke einer Verbindung von Marktwirtschaft mit sozialem Ausgleich attraktiv erscheint. Altwater ist zuzustimmen, wenn er die begriffliche Trennung von »Kapitalismus« und »Marktwirtschaft« ablehnt, weil in unserer Gesellschaftsform Tauschverhältnisse und Produktionsverhältnisse eine Einheit bilden:

Der Markt ist also ein Medium der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit in der Zirkulation, die ... unter einzelkapitalistischer Hoheit des Unternehmens als herrschaftliche Veranstaltung in der Produktion beginnt und sich im Allgemeinen in der Gesellschaft als komplexer Tauschprozess zwischen formell freien Individuen fortsetzt (Altwater 2009, 53).

Die Arbeitsteilung in der Produktion und im Warenaustausch, bis hin zur Globalisierung des Weltmarkts, stellt eine Einheit dar, die durch

die kapitalistische Form zusammengehalten wird. Wer von »Kapitalismus« nicht sprechen will, unterschlägt also die der Gesellschaft inhärenten Machtverhältnisse. Von »sozialem Kapitalismus« als Modell zu sprechen, wäre also genauer. Aber wie ist ein »sozialer Kapitalismus« vorstellbar? Weder ist er am Reißbrett modellierbar noch ist der Kapitalismus von sich aus »sozial«, ohne die Möglichkeit eines weltweiten »Wohlstands für alle«, die der Kapitalismus als dynamische Kraft vorangetrieben hat, bestreiten zu wollen. Aber das Soziale, im Sinne einer Verbesserung der Lebenssituation derjenigen, die davon abhängig sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, musste gegen die Logik des Kapitalismus immer neu erkämpft werden. Und so ist es bis heute.

⇒ 4 Fazit

Wer heute die »soziale Marktwirtschaft« zurück will oder neu einfordert, hängt entweder nostalgischen Träumen nach oder benutzt diesen Terminus, um seine Interessen und tatsächlichen Absichten intransparent zu machen (siehe die Beispiele in der Einleitung). Es ist daher für diejenigen, die an einer sozial gerechteren Gesellschaft mitarbeiten wollen, Zeit, diesen Begriff zu beerdigen. Dabei, fürchte ich, ist auszuhalten, dass ein anderer positiver Begriff einer solidarischen und demokratischen Gesellschaftsordnung (noch) nicht zur Verfügung steht. Eine »andere Welt ist möglich«, aber für ein Leitbild, das die Massen bewegen könnte, ist es offenbar zu früh. Deshalb schlage ich vor, eine Formulierung von Nell-Breuning heute wieder aufzunehmen, die deutlich macht, worum es geht: »den Kapitalismus umbiegen« – um zu einer solidarischen und demokratischen Welt zu gelangen.

Literatur

Abelshauser, Werner (1987): Die Langen Fünfziger Jahre. Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland 1949-1966, Düsseldorf: Schwann.

Abelshauser, Werner (2004): Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, München: Beck.

Abelshauser, Werner (2009): Wandlungen der Sozialen Marktwirtschaft. Des Kaisers neue Kleider?, Roman-Herzog-Institut (Hg.), München.

Altwater, Elmar (2009): Kapitalismus oder Marktwirtschaft? Eine alte Frage verlangt neue Antworten, Teil 7 der Serie »Marx neu entdecken«, in: marx21, Heft 10, 49-53.

Buchheim, Christoph (2001): Von altem Geld zu neuem Geld. Währungsreformen im 20. Jahrhundert, in: Spree, Reinhard (Hg.). München: Beck, 141- 156.

Butterwegge, Christoph; Lösch, Bettina; Ptak, Ralf (2007): , Einleitung, in: Dies., Kritik des Neoliberalismus, Wiesbaden: VS, 11-12.

DGB (1996): Die Zukunft gestalten. Grundsatzprogramm des DGB, Download unter: http://www.dgb.de/grundsatzprog/gestaltung/index_html#cstart4 (Zugriff am 1. Februar 2010).

FDP (2008): Westerwelle: 60 Jahre Soziale Marktwirtschaft ist ein Grund zum Feiern, veröffentlicht am 12. Juni 2008, Download unter: http://www.fdp-bundespartei.de/webcom/show_article.php/_c-1199/_nr-13/i.html (Zugriff am 15. Dezember 2009).

Grube, Frank; Richter, Gerhard (1983): Wie »sozial« war die »soziale« Marktwirtschaft?, in: Dies., Das Wirtschaftswunder. Unser Weg in den Wohlstand, Hamburg: Hoffmann und Campe, 89-104.

Hayek, Friedrich August von (2003): Der Weg zur Knechtschaft, München: Olzog (engl. Erstausgabe 1944).

INSM (2007): Wer hat den Begriff Soziale Marktwirtschaft erfunden?, Artikel veröffentlicht am 4. Februar 2007, Download unter: <http://www.insm.de/insm/Themen/Soziale-Marktwirtschaft/Wer-hat-den-Begriff-Soziale-Marktwirtschaft-erfunden.html> (Zugriff am 15. Dezember 2009).

INSM: Soziale Marktwirtschaft. INSM-Argumente rund um die Soziale Marktwirtschaft 2009, Download unter: <http://www.insm.de/insm/Themen/Soziale-Marktwirtschaft/INSM-Argumente-rund-um-die-Soziale-Marktwirtschaft.html> Zugriff am 15. Dezember 2009).

Krengel, Rolf (1958): Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der Bundesrepublik 1924-1956, Berlin: Duncker und Humblot.

Kurz, Robert (1995): Die Himmelfahrt des Geldes. Strukturelle Schranken der Kapitalverwertung, Kasinokapitalismus und globale Finanzkrise, in: Krisis 16/17, 21-76.

Lafontaine, Oskar (2009): Rede: »Dies ist keine soziale Marktwirtschaft mehr« vom 8. September 2009, Download unter: <http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1386837393> (Zugriff am 15. Dezember 2009).

Merkel, Angela (2009): Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel, anlässlich des Weltwirtschaftsforums, 30. Januar 2009, Download unter: http://www.bundestkanzlerin.de/nn_5296/Content/DE/Rede/2009/01/2009-01-30-merkel-davos-rede.html (Zugriff am 15. Dezember 2009).

Müller-Armack, Alfred (1932): Entwicklungsgesetze des Kapitalismus. Ökonomische, geschichtstheoretische und soziologische Studien zur modernen Wirtschaftsverfassung, Berlin: Junker und Dünnhaupt.

Nachtwey, Oliver (2007): Die SPD hat sich ordoliberalisiert, WELT online vom 6. Oktober 2007, Download unter: <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article6070214/Die-SPD-hat-sich-ordoliberalisiert.html> (Zugriff am 8. Februar 2010).

Offe, Claus (2000): Der Niedriglohnsektor und das »Modell Deutschland«, Download unter: <http://www.mpib-berlin.mpg.de/en/institut/dok/full/soлга/e2000.1336/index/Papers/Offe.pdf> (Zugriff am 8. Februar 2010).

Pax Christi (2007): Kommission »Globalisierung und soziale Gerechtigkeit«: Ökonomische Mythen der Gegenwart, Impulse 16, Bad Vilbel 2007.

Peters, Hans-Rudolf (2000): Wirtschaftspolitik, 3. vollst. überarb. und erw. Auflage, München u. a.: Oldenbourg.

Plumpe, Werner (2001): Kapital und Arbeit. Konzept und Praxis der industriellen Beziehungen im 20. Jahrhundert, in: Spree, Reinhard (Hg.): Geschichte der deutschen Wirtschaft im 20. Jahrhundert, München: Beck, 178-199.

Ptak, Ralf (2004): Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland, Opladen: Leske und Budrich.
Ders. (2007): Grundlagen des Neoliberalismus, in: Butterwegge, Christoph; Lösch, Bettina; Ptak, Ralf: Kritik des Neoliberalismus, Wiesbaden: VS, 13-86.

Schindelbeck, Dirk; Ilgen, Volker (1999): »Haste was, biste was!« Werbung für die Soziale Marktwirtschaft, Darmstadt: Primus.

Schmid, Thomas (2009): Der Steuerstaat passt nicht zur Bürgergesellschaft, in: Welt am Sonntag, 15. November 2009, Download unter: <http://www.welt.de/die-welt/debatte/article5218306/Der-Steuerstaat-passt-nicht-zur-Buergergesellschaft.html> (Zugriff am 15. Dezember 2009).

Schwarz, Gerhard (1992): Marktwirtschaftliche Reform und Demokratie – eine Hassliebe? Überlegungen zur Interdependenz der Ordnungen beim Übergang von der Kommando- zur Wettbewerbswirtschaft, in: ORDO, Bd. 43, 65-90.

Siems, Dorothea (2009): Geld als falsches Signal: Der Sozialstaat fördert Entstehen der Unterschicht, in: Welt am Sonntag 1. November 2009, Download unter: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article5045617/Sozialstaat-foerdert-Entstehen-der-Unterschicht.html> (Zugriff am 15. Dezember 2009).

Sloterdijk, Peter (2009): Die Zukunft des Kapitalismus (8): Die Revolution der gebenden Hand, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 13. Juni 2009, Download unter: <http://www.faz.net/s/Rub9A19C8AB8EC84EEF8640E9F05A69B915/Doc~E3E570BE344824089B6549A8283A0933B~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (Zugriff am 15. Dezember 2009).

SPD (1997): Hamburger Programm. Das Grundsatzprogramm der SPD, Download unter: http://www.spd.de/de/pdf/parteiprogramme/Hamburger-Programm_final.pdf (Zugriff am 8. Februar 2010).

Surminski, Arno (1983): Aufbruch ins Wunder, in: Grube, Frank; Richter, Gerhard: Das Wirtschaftswunder. Unser Weg in den Wohlstand, Hamburg: Hoffmann und Campe, 9-16.

Wirtschaftswoche (2008): Die Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft sinkt. Artikel vom 11. Juni 2008, Download unter: <http://www.wiwo.de/politik-weltwirtschaft/akzeptanz-der-sozialen-marktwirtschaft-sinkt-295474> (Zugriff am 15. Dezember 2009).

Zitationsvorschlag:

Leibold, Stefan (2010): Die soziale Marktwirtschaft – ein Zukunftsmodell? (Ethik und Gesellschaft 1/2010: »Wem gehört die ›Soziale Marktwirtschaft‹?«Herkunft und Zukunft einer bundesrepublikanischen Erfolgsformel). Download unter: http://www.ethik-und-gesellschaft.de/mm/EuG-1-2010_Leibold.pdf (Zugriff am [Datum]).



ethikundgesellschaft

ökumenische zeitschrift für sozialetik

»Wem gehört die ›Soziale Marktwirtschaft‹?
Herkunft und Zukunft einer bundesrepublikanischen Erfolgsformel

Philip Manow

Die soziale Marktwirtschaft als interkonfessioneller Kompromiss?
Ein Re-Statement

Hans-Richard Reuter

Vier Anmerkungen zu Philip Manow: Die soziale Marktwirtschaft
als interkonfessioneller Kompromiss? Ein Re-Statement.

Traugott Jähnichen

Die protestantischen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft

Torsten Meireis

Wem gehört die »Soziale Marktwirtschaft«?
Und was fängt er damit an?

Gerhard Wegner

Soziale Marktwirtschaft A und B. Kommentar zum Referat
von Traugott Jähnichen, ÖASI-Tagung, Münster, 15.01.2010

Stefan Leibold

Die soziale Marktwirtschaft – ein Zukunftsmodell?

Harry W. Jablonowski

Soziale Marktwirtschaft – ein Zukunftsmodell?
Korreferat zu Stefan Leibold

Bernhard Emunds

Ungewollte Vaterschaft.
Katholische Soziallehre und Soziale Marktwirtschaft

Hermann-Josef Große Kracht

»...nichts gegen die Soziale Marktwirtschaft, denn das ist verboten«
(Konrad Adenauer). Sondierungen zur religiösen Tiefengrammatik
des deutschen Wirtschafts- und Sozialmodells im Anschluss an
Alfred Müller-Armack und Oswald von Nell-Breuning

Axel Bohmeyer

Zivilreligiöse Aufladung der »Sozialen Marktwirtschaft«
in postliberaler Gesellschaft?